

Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands

**29
80**

Union in Deutschland

Bonn, den 6. August 1980

Darüber muß mit der DDR geredet werden

Die seit langem vorgesehene Reise des Bundeskanzlers in die DDR soll jetzt Ende August stattfinden. Schmidt selbst hat sie schon in den Vorjahren angekündigt.

Hierzu Helmut Kohl:

Grundsätzlich verdient diese Absicht Zustimmung, wenn sie dem vorrangigen Ziel dient, für unsere Landsleute im anderen Teil Deutschlands menschliche Erleichterungen zu erwirken. Aber es stellt sich die Frage nach der Wahl des Zeitpunktes für eine solche Reise. Nichts deutet darauf hin, daß ausgerechnet jetzt entsprechende Verhandlungen mit Herrn Honecker aussichtsreicher sein könnten als sie es früher waren oder etwa im Herbst 1980 sein werden.

Es bleibt deshalb der Verdacht, daß die für den Spätsommer geplante Reise des Bundeskanzlers in erster Linie ihm selbst und seiner Partei für den Wahlkampf vorteilhaft erscheint. Wir haben somit besonderen Anlaß, den Bundeskanzler vor einer Themenliste und einer Verhandlungsposition zu warnen, die um des wahlpropagandistischen Effekts willen Einvernehmen um jeden Preis anstreben.

Noch
60 Tage
bis zur
Bundestagswahl

Heute im Wahlkampf

- INFORMATIONEN
Staeck abgeblitzt / Ab 11. August Wahlkampf-Telefon / Dachschäden / Verschuldung immer beängstigender / Linksextreme Betriebsräte / Graf Lambsdorff die Quittung geben Seiten 3—5
- GEWERKSCHAFTEN
Bundesregierung nach DGB-Maßstäben gescheitert Seite 6
- FAMILIENBERICHT
Politische Schönfärberei soll Unfähigkeit zum Handeln verdecken Seite 7
- DEM WÄHLER SAGEN
Thema: Asylrecht Seite 11
- DOKUMENTATION
Kommunalpolitiker kämpfen für die politische Wende grüner Teil
- CDU-EXTRA
DGB-Prüfsteine 1976 — Bilanz für Arbeitnehmer gelber Teil

(Fortsetzung auf Seite 2)

Was der Entspannung dient und was ihr nicht dient, das darf sich der deutsche Bundeskanzler nicht von der östlichen Seite vorschreiben lassen. Der realistische Wunschatalog menschlicher Erleichterungen für unsere Landsleute gehört unabdingbar auf die Tagesordnung der Gespräche zwischen Schmidt und Honecker:

■ In aller Nüchternheit müssen wir erwarten, daß die DDR endlich aufhört, die überwiegende Mehrheit unserer Landsleute zu diskriminieren, indem sie ihnen das Recht auf Freizügigkeit versagt; sie muß ihnen nun endlich Reisen zu uns, ihren Verwandten, Freunden und Bekannten, in diesen Teil ihres deutschen Vaterlandes freigeben. **Die deutliche Herabsetzung des Reisealters und die Freigabe der Reisen aus familiären Gründen muß vom Bundeskanzler eingefordert werden.**

■ Die Zusammenführung getrennter Familienmitglieder und die Ausreise von Heiratswilligen sind weitere Bereiche, in denen die DDR sich nach 10jähriger Anlaufzeit eines innerdeutschen modus vivendi nun endlich bereit finden muß. Auch hier halten wir verbindliche Zusagen für selbstverständlich, wenn die Reise des Kanzlers einen praktischen Sinn haben soll.

■ Die Verbesserung der Reisemöglichkeiten von uns aus in die DDR und nach Ost-Berlin hat im Blick auf die Einheit unseres Volkes ebenfalls bedeutendes Gewicht. **Die räumliche Ausweitung des grenznahen Verkehrs auf Hamburg, Hannover und Würzburg und seine zeitliche Ausdehnung auf 24 Stunden — und dies auch für die Tagesaufenthalte in Berlin — halte ich für den nächst-**

liegenden Vorschlag im Felde des Reiseverkehrs von West nach Ost.

Ist dies „zuviel verlangt“? Wer sich bewußt macht, was unserem Volke abverlangt wird: in der Teilung zu leben! Wer sieht, welche Selbstdisziplin es beweist, die Trennung und die Unterdrückung der Freiheit zu ertragen und um des Friedens willen geduldig und beharrlich zu sein, — dem können diese Forderungen nicht unangemessen erscheinen. Haben wir nicht Verträge geschlossen, die das Eingeständnis enthalten, daß die Einheit vorerst nicht erreichbar ist, die aber auch die Verpflichtung festlegen, den Menschen das Leben im geteilten Deutschland zu erleichtern? Und warum sollte in diesem Zusammenhang verschwiegen werden, daß die DDR aus dieser Politik materiellen Gewinn zieht; jährlich mehrere Milliarden Deutscher Mark!

Der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland wird auf dieser Reise im Namen aller Deutschen sprechen und handeln müssen. Er wird deshalb gerade auch über die Tötungsanlagen an der Grenzlinie durch Deutschland sprechen müssen, deren Existenz die Welt unaufhörlich an die schrecklichen Konzentrationslager erinnert, die in diesem Land unter Hitler errichtet waren.

Wir sind realistisch genug zu wissen, daß man mit der DDR über ihre eigene Abschaffung — und das wäre die Selbstbestimmung unseres Volkes — derzeit nicht aussichtsreich verhandeln kann. Aber vom frei gewählten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland wird unser Volk erwarten dürfen, daß er den unabirrbaren Willen der deutschen Einheit in Frieden und Freiheit überzeugend vertritt.

■ WAHLKAMPF- INFORMATIONEN

Staeck abgeblitzt

Der Erste Senat des Bundesverfassungsgericht hat jetzt die Verfassungsbeschwerde des Grafikers Staeck gegen ein Urteil des Oberlandesgerichts Frankfurt vom 7. Juni 1976 nicht zur Entscheidung angenommen, „weil sie keine hinreichende Aussicht auf Erfolg hat“.

Mit dieser unanfechtbaren Entscheidung ist ein jahrelanger Rechtsstreit endgültig mit einem Erfolg des CDU-MdB Wilfried Böhm (Melsungen) beendet, der 1976 begann, als der Grafiker den Bundestagsabgeordneten verklagte, weil dieser unter Bezug auf einige Plakate Staecks in einem Leserbrief an die Hersfelder Zeitung erklärt hatte,

**Ab 11. August Wahlkampf-
Telefon:
02 28 (Bonn) 54 43 77**

Ab 11. August ist in der Bundesgeschäftsstelle der CDU von 8.00 bis 20.00 Uhr ein Wahlkampftelefon eingerichtet. Wie beim letzten Bundestagswahlkampf soll jedem damit die Möglichkeit gegeben werden, schnell und unbürokratisch Auskünfte einzuholen. Das Wahlkampftelefon sollte ausschließlich für die Anfragen genutzt werden, bei denen der normale Postweg zu zeitraubend wäre. Am Wahlkampftelefon können Sie sowohl Hilfen in politischer Argumentation als auch Auskünfte über Wahlkampfmaterialien u. ä. erhalten.

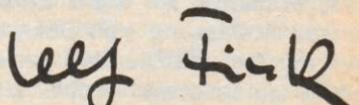
Liebe Freunde,

soweit sich bis jetzt übersehen läßt, hat sich das seit dem 1. Juli 1980 in Kraft befindliche, am 19. März 1980 in Bonn zwischen im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien abgeschlossene Wahlkampfabkommen voll bewährt. Die Gemeinsame Schiedsstelle hat inzwischen ihre Funktionstüchtigkeit bewiesen und eine im „Vorwärts“ vom 10. Juli 1980, Seite 30, veröffentlichte Karikatur über Franz Josef Strauß klar mißbilligt.

Ich bitte Sie, im CDU-Extra 12, veröffentlicht im UiD 12/80 vom 26. März 1980, den genauen Text des Wahlkampfabkommens nochmals durchzulesen. Für uns ist es selbstverständlich, daß wir uns an diese Abmachungen halten. Ich bitte Sie jedoch, sorgfältig darauf zu achten, ob dies auch unsere politischen Gegner tun. Falls Sie gravierende Verstöße feststellen, geben Sie uns bitte sofort detailliert Nachricht.

Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, daß Sie bei den politischen Aussagen und bei der Wahlwerbung jeweils die volle rechtliche Haftung und Beweislast hinsichtlich von Tatsachenbehauptungen und Werturteilen tragen. Verwenden Sie daher bitte vorrangig nur solches Material, das Ihnen unter der klaren Verantwortung der CDU zugeleitet wird. Die Materialien der CDU-Bundesgeschäftsstelle werden vor ihrer Produktion unter allen denkbaren Gesichtspunkten eingehend überprüft und können deshalb ohne weiteres verwendet werden.

Ihr


Ulf Fink

„diese Agitation Staecks sei typisch faschistisch. Wenn sie ‚Kunst‘ ist, dann sind auch die Hetzkarikaturen der Nazis, mit denen sie im ‚Stürmer‘ unsere jüdischen Mitbürger verächtlich machten, nachträglich als Kunst anzusehen.“ Böhm hatte sich dabei besonders auf ein Plakat Staecks bezogen, das den CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß

Dachschäden

Die Koalitionstreunde SPD und FDP werfen sich inzwischen derart viele Erst- und Zweitstimmenpakete gegenseitig an den Kopf, daß man ernsthaft bleibende Dachschäden befürchten muß. Es ist kaum anzunehmen, daß sich der Wähler von den Regierungsparteien als frei verfügbare Dispositionsmasse mißbrauchen läßt. Ihm wird von Egon Bahr ein aufdringlicher Nachhilfeunterricht in Sachen Wahlentscheidung vorgednet, der nur dem einen Ziel dient, die erträumte absolute Mehrheit für seine Partei zu erreichen. Die leisen Sohlen, auf denen sich der Bundesgeschäftsführer auf den Weg zum SPD-Staat gemacht hat, klappern jedoch so laut wie ausgetretene Holzpantinen.

CDU-Sprecher Günther Henrich

als blutverschmierten Metzger mit langen Messern in der Hand unter der Überschrift „Entmantl alle Wüstlinge“ dargestellt hatte.

Nachdem zunächst das Landgericht Fulda dem Antrag Staecks gefolgt war, die Aussage Böhms zu verbieten, hatte Böhms Berufung beim Oberlandesgericht Frankfurt am Main Erfolg, nach dessen Auffassung sich Böhm im Rahmen des ihm zustehenden, verfassungsmäßig garantierten Rechts zur freien Meinungsäußerung gehalten habe.

Böhm habe der Auffassung sein dürfen, Staeck wolle nach dem Inhalt seiner Plakate politische Aussagen der CDU/CSU in die Nähe faschistischen Gedankenguts rücken. Unter diesen Umständen müsse er sich auch eine scharfe Kritik, die seine Methoden gleichfalls in die Nähe des Faschismus rücke, gefallen lassen. Staeck hatte gegen dieses Urteil am 5. Juli 1977 Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht eingelegt und erklärt, er sei durch das Kasseler Urteil in der freien Entfaltung seiner Persönlichkeit behindert und in seiner Ehre verletzt.

Im Gegensatz dazu hat das Bundesverfassungsgericht jetzt erklärt, das von Staeck angegriffene Urteil lasse Verfassungsverstöße nicht erkennen. Der von Staeck beanstandete Leserbrief Böhms sei in Ausübung des Grundrechts der freien Meinungsäußerung abgefaßt und veröffentlicht und sei von Staeck, der seinerseits erheblichen Anlaß zu öffentlicher Kritik gegeben habe, auch insoweit hinzunehmen, als er geeignet sei, sein Ansehen zu mindern.

MdB Böhm begrüßte die Karlsruher Entscheidung und sagte, Staeck müsse erkennen, daß es Freiheit nicht nur für ihn selbst gibt, sondern auch für diejenigen, die sich gegen seine grafischen Aggressionen zur Wehr setzen.

Linksextreme Betriebsräte

Der Verfassungsschutz hat, der „Welt“ vom 23. Juli zufolge, die Betriebsräte von 922 Unternehmen auf „linksextremistische Unterwanderung“ hin überprüft. Dies geht aus einer „amtlich geheimgehaltenen“ Untersuchung hervor, die das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) in Köln aufgrund von Recherchen der Landesämter nach den Betriebsratswahlen 1978 erstellt hat. Darin wird als

Graf Lambsdorff die Quittung geben

Zu den wiederholten Aufforderungen des Bundeswirtschaftsministers Graf Lambsdorff an die deutschen Arbeitnehmer und Unternehmer, mehr zu arbeiten, erklärt Generalsekretär Heiner Geißler:

Die Arbeitnehmerschelte des Bundeswirtschaftsministers hat einzig und allein den Zweck, die Verantwortung von Graf Lambsdorff und der gesamten Bundesregierung für das eigene wirtschafts- und finanzpolitische Versagen abzuschließen.

Es ist unbegreiflich, woher Graf Lambsdorff den Mut nimmt, die Arbeitnehmer, die, zusammen vor allem mit den mittelständischen Selbständigen, die Hauptopfer dieser verfehlten Politik sind, als Sünder abzustempeln.

Nicht der deutsche Arbeitnehmer ist leistungsfeindlich, sondern die wirtschafts- und finanzpolitischen Bedingungen, unter denen er arbeiten muß, sind es:

- Von jeder zusätzlich verdienten Mark muß er heute mehr als die Hälfte an Lohnsteuer- und Sozialabgaben abführen.
- Seit 1970 sind die Steuer- und Sozialabgaben fast doppelt so schnell gestiegen wie die Bruttolöhne und Gehälter. Von dieser Entwicklung profitierte der Staat am meisten. Innerhalb der letzten 10 Jahre hat sich das Lohnsteueraufkommen annähernd vervierfacht.

Aber nicht nur die Arbeitnehmer sind von dieser verfehlten Politik betroffen. Leidtragender ist ebenso der Mittelstand. SPD und FDP haben die Leistungsfähigkeit durch eine unternehmensfeindliche Politik nachhaltig gemindert:

- Seit etwa 1970 gibt es eine Springflut von Konkursen und Unternehmensaufgaben, die in den Jahren ab 1975 bis einschließlich 1979 im Durchschnitt jährlich 9 000 überschritten haben.
- Gleichzeitig ist die Zahl der Selbständigen drastisch zurückgegangen. Sie hat sich seit 1969 um rund 400 000 verringert.

Die CDU fordert die deutschen Arbeitnehmer und Selbständigen im Mittelstand auf, Graf Lambsdorff und der SPD/FDP-Bundesregierung am 5. Oktober die Quittung für diese Beschimpfungen zu erteilen.

Ergebnis zusammengefaßt: „In 233 (25 Prozent) der 922 untersuchten Betriebe wurden insgesamt 397 Anhänger linksextremistischer Organisationen im Betriebsrat erkannt.“ Von den ermittelten 397 linksextremistischen Betriebsrats-

mitgliedern sind nach den Angaben des BfV 285 Anhänger der orthodoxen Kommunisten (DKP), 92 gehören zu den „neuen Linken“ (KBW und KPD/ML) und 20 sind Anhänger ausländischer Organisationen.

■ GEWERKSCHAFTEN

Bundesregierung nach DGB-Maßstäben von 1976 gescheitert

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat den politischen Parteien zur Bundestagswahl 1980 wiederum Prüfsteine vorgelegt. Für die CDU/CSU hat dazu Helmut Kohl Stellung genommen (siehe UiD 28/80). Die Union bedauert jedoch, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund es unterlassen hat, vor dieser Bundestagswahl eine Bilanz seiner Prüfsteine 1976 zu ziehen.

Die CDU/CSU hat deshalb diese Bilanz ausgearbeitet und dem DGB-Vorsitzenden, Heinz Oskar Vetter, über- sandt. Dazu erklärt Generalsekretär Heiner Geißler:

Als die DGB-Prüfsteine 1976 veröffentlicht wurden, erklärte der DGB-Vorsitzende Vetter: „Alle Arbeitnehmer sind aufgefordert, die Parteien und ihre Kandidaten an den Prüfsteinen zu messen, die die Gewerkschaften im Interesse ihrer Mitglieder aufgestellt haben.“

Die CDU/CSU fordert die Mitglieder des Deutschen Gewerkschaftsbundes auf, bei ihrer Wahlentscheidung zu berücksichtigen, wie die Bundesregierung und die politischen Parteien in den vergangenen vier Jahren sich gegenüber den DGB-Prüfsteinen 1976 verhalten haben.

Nach den Maßstäben der DGB-Prüfsteine 1976 ist die SPD/FDP-Bundesregierung politisch gescheitert. Dies ergibt sich klar aus der von CDU/CSU gezo-

genen „Bilanz für Arbeitnehmer“ zu den „Prüfsteinen des DGB 1976“.

Um nur einige Beispiele zu nennen:

1. 1976 forderte der DGB die Überwindung der Arbeitslosigkeit: 1980 wird nach Einschätzung der Bundesanstalt für Arbeit das sechste Jahr sein, in dem bei uns rund 1 Million Menschen arbeitslos sind.

2. 1976 forderte der DGB, das Netz der sozialen Sicherheit müsse unangetastet bleiben. Das ist nicht geschehen. Die bruttolohnbezogene dynamische Rente wurde außer Kraft gesetzt. Die Rentenanpassungssätze wurden für die Jahre von 1978 bis 1981 willkürlich herabgesetzt, die Renten damit um rund 10 Prozent gekürzt.

Aber nicht nur die Renten wurden pauschal gekürzt. Hier einige Beispiele aus der Demontageliste:

- Wegfall der Zuschläge zum Schlechtwettergeld
- Einschränkung der Ortszuschläge im öffentlichen Dienst
- Absenkung der Leistungen im Kriegsopferrecht
- Abbau des Arbeitsförderungsgesetzes
- Kürzung der Wohnungsbauprämie von 23 auf 18 Prozent
- Einschränkungen bei Kurleistungen
- Einschränkungen bei der Bezahlung der häuslichen Krankenhilfe.

3. 1976 forderte der DGB, die Benachteiligungen der Arbeitnehmer bei der Vermögensbildung zu beseitigen: die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand ist jedoch seit 1976 — wie in den zwei Legislaturperioden zuvor — keinen Schritt weitergekommen.

Den Wortlaut der Bilanz finden sie in UiD-Extra (gelb).

■ FAMILIENBERICHT

Politische Schönfärberei soll Unfähigkeit verdecken

Das Bonner Familienministerium bleibt einer „guten“ Tradition treu: Wie bereits bei anderen Gelegenheiten, legte es Studien vor, ohne notwendige politische Folgerungen darzulegen, erklärte MdB Helga Wex zu den in Bonn veröffentlichten Studien zur Bevölkerungsentwicklung und zur wirtschaftlichen Lage der Familien in der Bundesrepublik Deutschland.

Dabei belegen die Untersuchungen in erster Linie die verfehlte Familienpolitik der SPD/FDP-Koalition in den vergangenen zehn Jahren. Obwohl der drastische Rückgang der Bevölkerung und die Situation kinderreicher Familien in der Bundesrepublik Deutschland seit Jahren zu den ungelösten gesellschaftspolitischen Skandalen gehören, fehlen der Bundesregierung immer noch Konzepte, die in den Studien dargelegten Entwicklungen zu bremsen.

Die Studie zur Bevölkerungsentwicklung stellt zum wiederholten Male die Versäumnisse der vergangenen Jahre in den Mittelpunkt einer nun überfälligen und notwendigen Diskussion. Wenn die Rezepte gegenüber der dramatisch abnehmenden Bevölkerung nun lauten, den langfristigen Arbeitskräftemangel durch eine vermehrte Berufstätigkeit von Frauen auszugleichen, so kann hier von freien Entscheidungen keine Rede mehr sein.

Der Ausweg: Nach Möglichkeit müssen alle Frauen in den Produktionsprozeß eingegliedert werden. Dies ist eine Fortsetzung der Politik der SPD/FDP-Koalition, die in ihrer Gesetzgebung in den vergangenen Jahren konsequent diesen Weg gegangen ist, indem sie die Familien und die Frauen, die ihre Lebensaufgabe in der Familie sehen, vernachlässigen. Nur so ist etwa die Entscheidung für ein Mutterschaftsgeld zu sehen, das lediglich erwerbstätigen Frauen, nicht jedoch den Frauen in der Familie gegeben wird.

Die Bundesregierung geht den falschen Weg, wenn sie versucht, durch eine stärkere Reglementierung der einzelnen die Auswirkungen des Geburtenrückgangs aufzufangen. Staatliche Politik muß sich vielmehr darauf beschränken, die Hindernisse, die einem vorhandenen Wunsch nach Kindern entgegenstehen, zu beseitigen. Dazu gehören: familiengerechtere Wohnungen, die Möglichkeiten für Mann und Frau, Arbeitswelt und Berufswelt besser miteinander zu verbinden, eine humanere Städtebaupolitik sowie Maßnahmen im Familienlastenausgleich, durch die verhindert wird, daß die Mehr-Kind-Familien ihren Lebensstandard in unzumutbarer Weise einschränken muß.

Die vom Bundesfamilienministerium gleichfalls veröffentlichte Studie über die Einkommensverhältnisse der deutschen Familien macht erneut erschreckend deutlich, wie sehr Familien mit

Kindern in unserer Gesellschaft derzeit benachteiligt werden. Wenn Staatssekretär Wolters mit Globalzahlen behauptet, daß die Gleichung „kinderreich = arm“ nicht mehr gelte, so betreibt er politische Schönfärberei; denn nach wie vor nimmt mit steigender Personenzahl das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen spürbar ab. Die SPD/FDP betreibt eine Politik, die die Grundbedürfnisse der Bürger nach Geborgenheit, Sicherheit und Menschlichkeit in größter Weise verletzt.

Die Union gibt in ihrer Politik der für die innere Stabilität des Landes wichtige Förderung der Familie Vorrang. Daher wird die CDU/CSU nach einer Übernahme der Bundesregierung als Sofortmaßnahme die Benachteiligung der nichterwerbstätigen Mütter beim Mutterschaftsgeld beseitigen und sicherstellen, daß auch diese Mütter bei der Geburt eines Kindes für die Dauer von sechs Monaten ein Mutterschaftsgeld in Höhe von 500 DM monatlich erhalten. Auch werden wir bis 1984 ein Erziehungsgeld in Höhe von 400 DM monatlich bis zum vollendeten 3. Lebensjahr des Kindes einführen. Die skandalöse Verharmlosung der gesellschaftlichen Auswirkung des Bevölkerungsrückgangs und der Situation kinderreicher Familien muß ein Ende haben.

Und das schreibt die Presse:

Eine Arbeiterfamilie mit vier Kindern muß sich geradezu verhöhnt fühlen, wenn sie sich mit einer ebenso kinderreichen Selbständigen-Familie mit dem schwindelerregenden Monatseinkommen von über 7 000 Mark verglichen sieht. Die eine kann für das lächerliche Kindergeld ihre Sprößlinge nicht einmal mit solidem Schuhwerk versorgen, die andere legt den Obolus von Vater Staat in Aussteuerversicherung oder Bau-

sparverträgen an. Es lebe der Unterschied.

Kölnische Rundschau, 30. Juli 1980

Ach ja, die Welt ist ungerecht. Da friesten auf der Schattenseite des Lebens kinderlose doppelverdienende Ehepaare ihr karges Dasein, und Familien mit drei minderjährigen Kindern machen Fettlebe. Satte 6 379 Mark können die Kinderreichen durchschnittlich Monat für Monat verbraten. Das ist die unverrückbare amtliche Wahrheit, die jetzt vom Bonner Familienministerium vorge stellt wurde.

Eine Wahrheit, die so manche Mutter, die — um der schmalen Haushaltssasse übermäßige Belastungen zu ersparen — in diesen Tagen emsig nach Schnäppchen für ihre Sprößlinge sucht, daß erstaunt haben mag. Muß das sein? Hat sie das nötig, wenn Papa soviel Mäuse macht? Was macht er mit dem vielen Geld?

Des Rätsels Lösung liegt in einem Zauberwort: die 6 379 Mark hat der Familienvater nämlich mitnichten in der Lohntüte, er hat sie lediglich „durchschnittlich“. Die klugen Bonner Köpfe haben die wenigen hohen Einkommen mit der Masse der unteren und mittleren in einen statistischen Topf geworfen, und siehe da: Auf einmal waren Goldregen und Kindersegen nahezu eins.

Wer seinen Kopf in den Kühlschrank und seine Füße in den Backofen legt, kommt „durchschnittlich“ auf eine angenehme Körpertemperatur. Das ist die Wahrheit. Nur: es ist auch kolossaler Unfug. Niemand käme auf die Idee, eine solche Dummheit zu machen.

Wirklich niemand?

■ WAHLKAMPFTELEFON (0228) 544377

Wähler fragen — hier ist die richtige Antwort

Ist es nicht mehr als rechtmäßig, daß Bundeskanzler Schmidt die Länder auffordert, sich an der Finanzierung der außenpolitischen Verpflichtungen des Bundes zu beteiligen?

Nein, die Außenpolitik fällt in die alleinige Zuständigkeit des Bundes. Er ist somit auch für ihre Finanzierung verantwortlich. Die Länder wiederum haben andere Aufgaben. Diese Aufgabenteilung ist bis jetzt auch klar eingehalten worden, denn so haben sich z. B. weder die Länder an den Gehaltskosten für unsere Diplomaten im Ausland beteiligt, noch ist der Bund bisher auf die Idee gekommen, die Besoldungskosten für die Lehrer mitzutragen.

Der plötzliche Sinneswandel bei Bundeskanzler Schmidt hat einen anderen Grund: Der Bundeshaushalt ist durch die verantwortungslose **Schuldenpolitik** der Bundesregierung so ausgereizt, daß er keine Luft mehr für zusätzliche Ausgaben hat. Bundeskanzler Schmidt ist demnach nicht mehr in der Lage, die jährliche Mehrbelastung von 1,3 Mrd. DM — dies sind ganze 0,6 % des Bundeshaushaltes — aufzufangen. Statt selber zu sparen, schiebt er den schwarzen Peter den Ländern zu und verlangt, daß sie auf einen Teil der ihnen zustehenden Steuermittel verzichten. Das würde bedeuten, daß die Länder das tun sollten, was angeblich dem Bund nicht zuzumuten ist, nämlich sparen.

Für den Fall, daß die Länder sich an der Finanzierung der zusätzlichen Kosten nicht beteiligen, droht Helmut Schmidt mit dem Knüppel der Steuererhöhung beim Mineralöl und beim Alkohol. Daß er dabei 1,7 Mrd. DM einnehmen will, obwohl er nur 1,3 Mrd. DM im Jahr mehr braucht, ist ein zusätzlicher Beleg für die Unseriösität der Bonner Finanzpolitik.

Die Forderungen von Bundeskanzler Schmidt sind deshalb nichts anderes als ein finanzpolitischer Offenbarungseid.

*

Dennoch müssen die Mittel aufgebracht werden. Welche Lösung sehen Sie?

Zur außenpolitischen Handlungsfähigkeit gehört auch die Möglichkeit, unvorhergesehene finanzielle Belastungen zu übernehmen. Die Voraussetzung dafür ist eine **solide Finanzpolitik**, die nicht Jahr für Jahr auch noch die letzte erreichbare Mark ausgibt. Deshalb ist in erster Linie ein Schuldenabbau beim Bundeshaushalt erforderlich. Nur so wird man wieder finanzpolitisch Luft bekommen und nicht bei jeder neuen Belastung entweder die Ölscheichs oder die Länderhaushalte anpumpen müssen. Auch Steuererhöhungen stellen keine Lösung dar, da dann der einfache Bürger die Abschleppkosten dieser Finanzpolitik zu tragen hätte. Die Bundesregierung sollte deshalb durch Kürzung von Ausgaben entsprechende Mittel freisetzen.

Die Union hat immer wieder davor gewarnt, neue Ausgabenprogramme zu beschließen. Es war ein schwerer Fehler der Bundesregierung, die wirtschaftlich günstigen Jahre seit 1978 nicht zu einer deutlichen Rückführung der Neuverschuldung genutzt zu haben. **Dies hat dazu geführt, daß der Bund in jeder Stunde 3 Mill. DM neue Schulden macht.**

Statt einen Kurswechsel vorzunehmen und angesichts der drohenden außenpolitischen Handlungsunfähigkeit Sparsamkeit zu üben, hat die Bundesregierung dem Bundesrat immer neue ausgabenwirksame Gesetze und Programme präsentiert. So kann der verlorengangene finanzielle und damit zugleich politische Handlungsspielraum nicht wiedergewonnen werden.

*

Hans Apel, Bundesminister der Verteidigung, hat sich in der Presse zu Problemen der Bundeswehr geäußert und dabei die Ansicht vertreten, daß es keine Wehrsteuer für solche jungen Leute geben dürfe, die weder in den Streitkräften, noch beim zivilen Ersatzdienst dienen müssen. Apel verwies auf die geburtenschwachen Jahrgänge, wor durch ohnehin niemand eine Chance habe, aus dem einen oder anderen Dienst herauszukommen.

Ist es wirklich so?

Nein, der Minister vergaß zu sagen, daß diese Personalknappheit, über die sich die Verantwortlichen auf der Bonner Hardthöhe sicherlich Gedanken machen, erst in den 90er Jahren akut sein wird. Bis dahin wird es also das Problem der gerechten Behandlung der zur Dienstleistung herangezogenen oder eben nicht herangezogenen jungen Leute geben.

Wer — wie Apel — so leichthin eine **Wehrsteuer** oder eine soziale Aus-

gleichsabgabe für Nichtdienende ablehnt, sollte wenigstens andere Möglichkeiten zur gerechteren Behandlung der Wehrdienstleistenden zur Diskussion stellen. Dabei könnte man beispielsweise an Steuervergünstigungen und an die Gewährung zinsloser Darlehen für Gediente oder an ein höheres Entlassungsgeld denken.

Wem solche Vorschläge zu materiell erscheinen, der sollte bedenken, daß sich der Vorteil eines Nichtdienenden gegenüber einem zu 15 Monaten Wehrdienst Verpflichteten auch quantifizieren läßt. Ein Wehrpflichtiger hat einen Verdienstausfall hinzunehmen, der gegenüber Nichtdienenden bei rund 12000 DM liegt. Also keine Lappalie, über die man so einfach hinwegreden kann.

*

Die SPD behauptet, Entspannung sei teilbar. Ist das wirklich so?

Nein, **Entspannung ist unteilbar**. Schon Goethe spottete über den deutschen Provinzbürger, dem es gleich ist, wenn sich „hinten, weit in der Türkei“ die Leute die Köpfe einschlagen.

Auch als die Sowjets Afghanistan besetzten, versicherte uns die SPD nachdrücklich, Entspannung sei teilbar, denn Europa sei ja eine „Oase des Friedens“.

Kann es uns wirklich egal sein, was in Afghanistan oder Kuba passiert? Europa ist keine „Insel“, es ist in eine arbeitsteilige Weltwirtschaft eingebettet. Ohne Rohstoff- und Energieexporte funktioniert unsere Wirtschaft nicht. Die sowjetische Strategie im Krisengürtel zwischen Südafrika und Afghanistan zielt darauf ab, die Handelswege und den Rohstoffnachschub des Westens unter Kontrolle zu bekommen. Europa kann so über kurz oder lang in eine Lage kommen, in der es erpreßbar ist.

■ DEM WÄHLER SAGEN

Thema: Asylrecht

Die SPD behauptet:

Eine Änderung des Asylrechts nach den Vorschlägen der CDU/CSU „wäre jedoch verfassungswidrig: Sie verstieße gegen die grundrechtliche Gewährung des Rechtsschutzes und bedrohte den verfassungsrechtlich gesicherten Kern des Asylrechts selbst“. (Hugo Brandt, Obmann der SPD-Fraktion im Innenausschuß des Deutschen Bundestages am 19. November 1980 im Informationsdienst der SPD-Fraktion.)

Tatsache ist:

Die CDU/CSU hält am Asylrecht für politisch Verfolgte uneingeschränkt fest. Aber gestoppt werden muß die Flut der sogenannten „Wirtschaftsflüchtlinge“; denn über 90 Prozent der Asylbewerber kommen nicht aus politischen, sondern aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen.

In den letzten Jahren ist die Zahl der Asylbewerber immer rascher gestiegen: von 9 627 Personen im Jahre 1975 auf über 150 000 Personen (Schätzung) im Jahre 1980.

Für diese Entwicklung tragen SPD und FDP die politische Verantwortung. Ihr jahrelanges Nichthandeln gegen den Mißbrauch des Asylrechts hat das Grundrecht auf Asyl in höchstem Maße gefährdet.

Die jetzt endlich von der SPD/FDP-Regierung vorgelegte Gesetzesinitiative zur Beschleunigung der Asylverfahren ist nicht ausreichend, wirksame Abhilfe gegen den Zustrom von Scheinasyalten zu leisten. Die Union hat dem Ge-

setz im Bundesrat nur zugestimmt, damit überhaupt etwas getan wird.

Als zusätzliche Maßnahmen gegen scheinbare Asylanten fordert die Union weiter: In Fällen offensichtlicher Aussichtslosigkeit und Rechtsmißbräuchlichkeit sollen Grenz- und Ausländerbehörden Asylbewerber sofort zurückweisen können. Die Betroffenen sollen jedoch Rechtsschutz bei grenznahen Verwaltungsgerichten erhalten können.

Thema: Flexible Altersgrenze für Behinderte

Die SPD behauptet:

Die Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung für Behinderte auf 60 Jahre sei ihre Leistung.

(SPD-Argumente für Redner 1980, L 5)

Tatsache ist:

Die Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze für Schwerbehinderte beruht auf einer Initiative der Union. CDU/CSU haben in ihrem Gesetzentwurf vom 26. Oktober 1977 die Herabsetzung auf 60 Jahre als erste gefordert.

SPD und FDP haben diesen Gesetzentwurf am 8. Juni 1978 abgelehnt.

In ihrem Gesetzentwurf vom 29. September 1979 haben SPD und FDP die Forderung der Union nach Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze übernommen.

Das Gesetz wurde dann mit Zustimmung aller Fraktionen des Deutschen Bundestages beschlossen.

Termine bis zum Wahltag

Bund/Landesverbände/
Vereinigungen
der CDU/CSU

Sporttermine

Kongreß- und
Veranstaltungstermine,
Fernsehtermine

August 1980

9. 8.	LV Westfalen-Lippe: Landesparteitag, Gütersloh	
15.—17. 8.		Leichtathletik: Deutsche Meisterschaft, Hannover
19. 8.	Bund: Fachkongreß zur Seniorenpolitik	
19. 8./20. 8.		2. Spieltag der Bundesliga
23. 8.	LV Rheinland: Landesversammlung, Frauenvereinigung, Krefeld	
24. 8.		Motorrad: Straßen-Weltmeisterschaft, Nürburgring
25. 8.	Bund: Bundesvorstand	
25.—30. 8.		Weltkongreß der Juristenvereinigung, Berlin
26. 8.		ZDF, 21.20 Uhr: Hearing (aktuelle Themen)
29./30. 8.	CDA-Bund: Bundesvorstand, Königswinter	
30. 8.	Bund: Gemeinsame Mandatsträgerkonferenz von CDU und CSU, Mannheim	

September 1980

1./2. 9.	Bund: EVP-Kongreß, Köln	ARD, 21.15 Uhr: Viererrunde (Parteivorsitzende)
2. 9.		4. Spieltag der Bundesliga
4. 9.		ARD, 20.15 Uhr: Hearing (Konjunkturpolitik)

Termine der CDU/CSU

Bund/Landesverbände/ Vereinigungen der CDU/CSU	Sporttermine	Kongreß- und Veranstaltungstermine, Fernsehtermine
September 1980		
4. 9.		ZDF, 21.20 Uhr: Bürgersendung mit Franz Josef Strauß
4.—6. 9.		Jahreskongreß der Liberalen Int., Bonn
6./7. 9.	Leichtathletik: Deutsche Mehrkampf- meisterschaft, Lage	
7.—13. 9.		DGB: Gewerkschaftstag IG Chemie, Mannheim
8. 9.		ARD, 21.15 Uhr: Hearing (Energiepolitik)
8.—12. 9.		DGB: Gewerkschaftstag GdED, Berlin
8.—12. 9.		11. Weltenergiekonferenz, München
10. 9.		ab 9. 9. 1980: 2. KSZE-Staaten-Vor- konferenz, Madrid
11. 9.	Frauenvereinigung Bund: Fußball-Länderspiel Bundesvorstand, Mainz Schweiz — Deutschland in Basel	
11. 9.		ARD, 20.15 Uhr: Viererrunde (General- sekretäre)
12. 9.	Bund: Frauenkongreß, Mainz	ZDF, 21.20 Uhr: Bürgersendung mit Bundeskanzler Schmidt
13. 9.	CSU: Wahlkongreß, München, Olympiahalle	
14. 9.	Bund: Zentrale Wahlkampf- kundgebung, Dortmund	
14.—20. 9.		DGB: Gewerkschaftstag HBV, Wiesbaden
15. 9.		ARD, 21.15 Uhr: Hearing (Sozialpolitik)

Termine der CDU/CSU

Bund/Landesverbände/
Vereinigungen
der CDU/CSU

Sporttermine

Kongreß- und
Veranstaltungstermine,
Fernsehtermine

September 1980

15.—17. 9.		DBB: Gewerkschaftstag DPV, Dortmund
17. 9.	Europa-Pokal 1. Runde — Hinspiele	
18. 9.		ARD, 20.15 Uhr: Feature „Kleine Parteien“ ZDF, 21.20 Uhr: Bürgersendung mit H. D. Genscher
20.—28. 9.		Deutsche Industrie- ausstellung, Berlin
21.—27. 9.		DGB: Gewerkschaftstag IG Metall, Berlin
22. 9.	Bund: Bundesvorstand	ARD, 21.15 Uhr: Hearing (Familienpolitik)
25. 9.		ZDF, 21.20 Uhr: Bürgersendung mit Dr. Kohl
27.—30. 9.		Internationale Sportmesse, SPOGA '80, Köln
28. 9.		ZDF, 20.15 Uhr: Livesendung von Groß- kundgebungen mit Spitzenkandidaten
29. 9.		ARD, 21.15 Uhr: Hearing (Außenpolitik)

Oktober 1980

1. 10.	Europa-Pokal 1. Runde — Rückspiele	
2. 10.		ARD/ZDF: Viererrunde (Parteivorsitzende)
4./5. 10.		Leichtathletik: Deutsche Jugendstaffel- meisterschaft, Wedel
5. 10.	Wahl zum 9. Bundestag	
6. 10.	Bund: Präsidium und Bundesvorstand	

Zur Sache:

Linksaußen in der SPD proben den Aufstand

Schon viermal haben die Linksaußen in der SPD-Bundestagsfraktion den SPD-Kanzler Schmidt das Fürchten gelehrt. Sie verweigerten die Mehrheit, weil ihnen der Marsch in den SPD-Staat nicht schnell genug ging.

Im nächsten Bundestag werden die SPD-Linksaußen noch erfolgreicher ihre Muskeln spielen lassen können. Ihre Zahl wird sich verdoppeln – das ist nach den Kandidatenaufstellungen der SPD schon heute sicher. Dann werden die Linksaußen der SPD das Marschtempo diktieren. Die FDP ist dabei kein Hindernis; denn sie sind Filialdemokraten der SPD.

- ▷ Am 29. 9. 1977 stimmten 16 SPD-Abgeordnete nicht für das Kontaktsperrgesetz. Das Gesetz ist dringend erforderlich im Kampf gegen den Terrorismus.
- ▷ Am 23. 4. 1980 stimmten 17 SPD-Abgeordnete nicht für die Aufforderung an das Nationale Olympische Komitee, die Aggression der Sowjetunion in Afghanistan mit einer Nichtteilnahme an den Olympischen Spielen in Moskau zu beantworten.
- ▷ Am 19. 6. 1980 stimmten 26 SPD-Abgeordnete nicht für die notwendige Wirtschafts- und Rüstungshilfe der Bundesrepublik Deutschland für die Türkei, einem wichtigen NATO-Partner.
- ▷ Am 3. 7. 1980 stimmten 11 SPD-Abgeordnete nicht für die Wehrpflichtnovelle der SPD/FDP-Fraktionen. Sie wollten das Urteil des Bundesverfassungsgerichts nicht akzeptieren, das die Abmeldung per Postkarte von der Wehrpflicht als verfassungswidrig erklärte.

**Sie können den Marsch in den SPD-Staat stoppen.
Mit Ihrer Stimme am 5. Oktober für die CDU.**

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTOCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

ZITAT

Mit dem Frieden hat es nichts zu tun

Nicht nur dem Gespräch, dem „Überwinden der Krise“ nach Afghanistan sollen die Begegnungen des Bundeskanzlers mit den beiden Ostblock-Parteichefs (Honecker und Gierek) dienen, sondern auch dem „Frieden im Herzen Europas“. So sieht es der SPD-Vorsitzende Brandt für das Treffen Schmidt/Honecker voraus. Es ist kein Zweifel daran, daß er eine solche Prognose auch der Zusammenkunft des Kanzlers mit Gierek stellt. Dutzende Politiker der Bonner Koalition schließen sich dem an, und kein einziger hat bisher widersprochen. Die Koalition setzt damit eine Politik des falschen Anspruchs und der falschen Erfolgsmeldungen fort, die sie seit 1970 betreibt.

Ob der Friede in Europa sicher, ob also Westeuropa vor sowjetischem Überfall und sowjetischer Erpressung sicher ist, das hängt nicht ab von Verträgen zwischen Bonn und Moskau, sondern vom Gleichgewicht der Macht — davon, ob der Sowjetunion der große Schlag oder die Drohung mit ihm hinreichend riskant erscheint. Und dabei wiederum kommt es auf die militärische Stärke des Westens an und auf seinen Willen,

sich zu wehren. Mit der Bonner Ostpolitik hat die Sicherheit des Friedens, leider, kausal nichts zu tun.

Das besagt nichts gegen Ostverträge, aber es besagt viel gegen eine Propaganda, die den Bonner Ostverträgen, der Bonner Ostpolitik friedenssichernde Wirkung zuschreibt. Solche verkehrte Darstellung hat großen Schaden angerichtet. Sie hat Millionen in denträumerischen Glauben gesungen, der Friede sei seit 1970 immer fester geworden die Sowjetunion nicht mehr eine Gefahr. Die Folgen sehen unsere Bonner Staatsmänner nach dem Einmarsch in Afghanistan und im Angesicht der heimlichen sowjetischen Raketenaufrüstung: gewohnt, die Sowjetmacht als Partner eines wegen der Bonner Ostpolitik immer sicherer gewordenden Friedens zu sehen — und nicht als Gegner — bedachte ein großer Teil der Westdeutschen Okkupation und Raketenaufrüstung mit einer nur lauen Mißbilligung, die bald in Gleichgültigkeit überging. Manchen Politikern der Koalition war das gerade recht, es paßte in ihre halbneutralistischen Pläne. Andere halbte erschreckt. Sie merken nun, wie sich in der Bundesrepublik der Spielraum für eine Politik des besonnenen Widerstandes gegen den Moskauer Imperialismus schon verengt hat. Könnten sie dann nicht wenigstens jetzt — spät, aber noch nicht zu spät von ihrer Ostpolitik den täuschenden Federschmuck entfernen?

Frankfurter Allgemeine, 30. Juli 1980

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (02 28) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (02 28) 22 10 81. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44 - 3 04. Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis jährlich 40,- DM. Einzelpreis 1,- DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf

UiD